

# Kreisstadt Steinfurt

## Begründung

---

zur 74. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 73  
„Biogasanlage Holker Feld“ der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt

---

### Inhalt

<b>1.</b>	<b>Gründe für die Änderung und Änderungsbeschluss</b>	<b>2</b>
<b>2.</b>	<b>Räumlicher Geltungsbereich</b>	<b>2</b>
<b>3.</b>	<b>Inhalt der Änderung</b>	<b>3</b>
<b>4.</b>	<b>Ziele der Regionalplanung und Landesplanung</b>	<b>3</b>
<b>5.</b>	<b>Verkehrliche Erschließung</b>	<b>5</b>
<b>6.</b>	<b>Ver- und Entsorgung</b>	<b>5</b>
<b>7.</b>	<b>Niederschlagswasserbehandlung</b>	<b>5</b>
<b>8.</b>	<b>Auswirkungen der Planung</b>	<b>6</b>
8.1	Immissionsschutz	6
8.2	Schutz von Natur und Landschaft	8
8.3	FFH-Verträglichkeit	10
8.4	Denkmalschutz	10
8.5	Altlasten, Kampfmittel, Bodenschutz	10
8.6	Klimaschutz	11
8.7	Bodenordnung	11

## **1. Gründe für die Änderung und Änderungsbeschluss**

Mit Schreiben vom 20.02.2013 hat die BLK Bioenergie GmbH & Co. KG die Einleitung der notwendigen Bauleitplanverfahren zur Schaffung des Planungsrechtes für die bestehende Biogasanlage im Bereich der Hofstelle Hollich 132 beantragt. Die Biogasanlage ist seit dem Jahre 2011 in Betrieb und wurde als privilegierte Anlage gem. § 35 (1) Nr. 6 BauGB genehmigt.

Die Betreiber der Biogasanlage wollen jedoch die Leistung der bestehenden Anlage steigern, so dass künftig die Schwellenwerte der Privilegierung überstiegen werden. Momentan werden ca. 13.200 t Inputstoffe (Gülle und Mais) eingesetzt. Die angedachte Steigerung der Leistung und Produktion soll durch technische Veränderungen bzw. Neuerungen herbeigeführt werden. In Zukunft sollen vermehrt Reststoffe wie Mist, separierte Güllefeststoffe und Maisstroh eingesetzt werden. Da diese Stoffe im Vergleich zu Silomais eine geringere Biogasausbeute haben, wird die Inputmenge erhöht werden.

Nach Rücksprache mit den Antragstellern soll die Produktion am Standort mittel- bis langfristig auf bis zu 6,0 Millionen Normkubikmeter Biogas pro Jahr erhöht werden. Zudem haben die Betreiber erklärt, die Speicherkapazitäten am Standort deutlich erhöhen zu wollen (neuer Gärrestespeicher), so dass die Biogasanlage künftig nach dem Störfallrecht zu beurteilen ist. Angedacht sind Lagerkapazitäten von bis zu 20.000 kg Biogas auf dem Betriebsgelände. Das Vorsehen von deutlich erhöhten Lagerkapazitäten ist damit zu begründen, dass im Hinblick auf die neue Düngeverordnung verlängerte Sperrfristen zur Ausbringung von Wirtschaftsdüngern und eine höhere Lagerkapazität für Wirtschaftsdünger zu erwarten sind.

Eine Standortalternative für die Planungen ergibt sich nicht, da die Biogasanlage bereits vorhanden ist und im Prinzip eher technische Veränderungen vorgesehen sind.

Zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen hat der Rat der Kreisstadt Steinfurt in seiner Sitzung am 13. März 2013 beschlossen, das Verfahren zur 74. Änderung des Flächennutzungsplanes durchzuführen.

## **2. Räumlicher Geltungsbereich**

Der Geltungsbereich der 74. Änderung des Flächennutzungsplanes umfasst die Grundstücke Gemarkung Borghorst, Flur 29, Flurstücke 450 und 451 tlw. und Gemarkung Burgsteinfurt, Flur 5, Flurstücke 166 und 167: Im Geltungsbereich liegen ausschließlich die Flächen der Biogasanlage, die angrenzende landwirtschaftliche Hofstelle ist ausgeklammert.

Der Änderungsbereich hat somit eine Gesamtgröße von rund 20.865 qm.

### **3. Inhalt der Änderung**

Die dargestellte Fläche für die Landwirtschaft wird geändert in Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Biogasanlage“.

Zudem werden für den Betrieb der Biogasanlage Grenzwerte festgelegt. Diese sind eine maximale Erzeugung von 6 Millionen Normkubikmeter Gas pro Jahr sowie eine maximale Lagerung von 20.000 kg Biogas am Betriebsstandort.

### **4. Ziele der Raumordnung und Landesplanung**

Der seit dem 27. Juni 2014 geltende Regionalplan Münsterland stellt für den Änderungsbereich Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich dar. Entsprechend der ergänzenden Grundsätze des Regionalplanes soll der Freiraum erhalten bleiben und die Inanspruchnahme dieses Bereichs für andere Nutzungen auf ein unumgängliches Maß begrenzt werden.

Das textliche Ziel 14.2 des Regionalplanes Münsterland besagt, dass emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe vorrangig in den Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) anzusiedeln sind. Die geplante Erweiterung der bestehenden Biogasanlage, als emittierender Gewerbe- und Industriebetrieb, ist somit vorrangig in einem GIB anzusiedeln. Gemäß dem Entwurf des Sachlichen Teilplans "Energie" zum Regionalplan Münsterland (Ziel 7.1) können Sondergebiete für Biogasanlagen jedoch im Einzelfall außerhalb von GIB in den im Regionalplan dargestellten Allgemeinen Freiraum - und Agrarbereichen geplant werden. Die Ziele D II 2.4 und D II 2.5 des geltenden Landesentwicklungsplanes NRW (LEP) unterstützen diese mögliche Ausnahmeregelung. Auch der Entwurf des neuen LEP enthält Grundsätze, die eine nachhaltige Energieversorgung durch erneuerbare Energien begünstigen.

Im Hinblick auf die geplante Erweiterung der Biogasanlage an Standort Hollich 132 liegen aus Sicht der Stadt Steinfurt ausreichende Gründe für die Anwendung der landesplanerischen Ausnahmemöglichkeit für den Einzelfall (Ziel 14.2, Regionalplan Münsterland) vor. Dazu werden im Entwurf des Sachlichen Teilplans "Energie" in den Zielen 7.2 und 7.3 einige Vorgaben gemacht. Zu nennen sind hier die Vereinbarkeit der Planung mit dem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich, die Gewährleistung des Immissionsschutzes, eine ausreichende Verkehrsanbindung, die Vereinbarkeit der Anlage mit dem Orts- oder Landschaftsbild, den Funktionen des Arten- und Biotopschutzes, der Freizeitnutzung und mit den bedeutenden Teilen der Kulturlandschaft. Außerdem muss eine räumliche Zuordnung des Plangebietes zu den im Regionalplan dargestellten Siedlungsbereichen gegeben sein.

Zur Vereinbarkeit der Planung mit dem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich ist bereits im Zuge des Baus der nach § 35 BauGB privilegierten Biogasanlage ein landschaftspflegerischer Begleitplan erstellt worden. Dieser hat den Eingriff in den Naturhaushalt durch den Bau der Anlage, aber auch den Eingriff in das Landschaftsbild ermittelt und bewertet. Neben einem externen ökologischen Ausgleich sind vor allem am Betriebsstandort selbst Ausgleichsmaßnahmen ergriffen worden. So ist der Bereich der Biogasanlage auf der Ostseite mit einem

7,00 m breiten Gehölzstreifen (Bäume und Sträucher) abgepflanzt worden. Auch der davor liegende 3,00 m breite Erdwall hat eine Bepflanzung erhalten. Der 3,00 m breite und bepflanzte Erdwall umgibt im Prinzip die gesamte Biogasanlage (abgesehen von der Südseite, wo die Hofstelle anschließt), so dass das Landschaftsbild möglichst geringe Beeinträchtigungen erfahren hat. Abschnittsweise sind auf der Nordseite zusätzlich noch 12,50 m breite bzw. 7,00 m breite Gehölzstreifen entstanden. Durch diese Pflanzungen und die Lage der Biogasanlage in unmittelbarer Nachbarschaft zur bestehenden Hofstelle ist gewährleistet, dass eine Zersiedelung der Landschaft vermieden wird und eine Vereinbarkeit mit dem Landschaftsraum und dem Orts- und Landschaftsbild erreicht wurde.

Das Grundstück der Biogasanlage grenzt unmittelbar an die Landesstraße 559 (Tecklenburger Straße) an. Auch wenn keine direkte Zufahrt von der L 559 vorhanden ist, ist jedoch eine ausreichende Verkehrsanbindung gegeben.

Die Entfernung des Änderungsbereiches zum Ortsrand des Stadtteiles Borghorst beträgt ca. 700 m. Damit kann die landesplanerische Vorgabe hinsichtlich der räumlichen Zuordnung zu einem Siedlungsbereich als erfüllt angesehen werden. Zudem ist nach den Erläuterungen zu Ziel 7 des Entwurfes zum Sachlichen Teilplan "Energie" (STE) eine Biogasanlage bzw. gewerblicher Betrieb auf baulich vorgeprägten Standorten, z.B. Standorte mit großen Mastbetrieben bzw. Hofstellen, errichtet werden. Auch diese Voraussetzung erfüllt der Änderungsbereich, da er unmittelbar an eine landwirtschaftliche Hofstelle angrenzt. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Biogasanlage bereits existiert und auch der Änderungsbereich selbst schon baulich geprägt ist.

Des Weiteren werden im STE noch weitere Vorgaben gemacht, die eher allgemeine Dinge betreffen. Dies sind Punkte wie der Einsatz von den Boden schonenden Anbauverfahren für die eingesetzten Rohstoffe, die Vermeidung zu starker örtlicher Konzentration von Energiepflanzenanbau oder die Beachtung der Konkurrenzen zur Nahrungsmittelerzeugung. Auch macht der STE Ausführungen dazu, dass die Nutzung von biogenen Reststoffen und Abfällen, in denen ein erhebliches noch ungenutztes Potenzial liegt, deutlich gesteigert werden soll. Dieser letztgenannte Punkt ist gerade der Anlass für die beabsichtigte 74. Änderung des Flächennutzungsplanes und kann damit ebenfalls als erfüllt angesehen werden.

Auch ist anzumerken, dass die Betreiber der Biogasanlage für den Betrieb der Anlage Einsatzstoffe verwenden, bei denen 90 % der nachwachsenden Rohstoffe und auch 90 % der eingesetzten Gülle aus landwirtschaftlichen Betrieben, die weniger als acht Kilometer von der Anlage entfernt sind, stammen. Die Herkunft der Einsatzstoffe wird sich auch mit der angedachten Änderung der Anlage nicht verändern.

Auch hinsichtlich der Nutzung der erzeugten Energie ist zu sagen, dass es dafür ausreichend Abnehmer im Umfeld gibt. So wird die auf der Biogasanlage Hollich 132 anfallende Wärme an fünf landwirtschaftliche Betriebe, einen angrenzenden Reitbetrieb und an neuen Wohnhäuser, zum Teil mit mehreren Wohneinheiten, abgegeben.

Zudem ist darauf zu verweisen, dass in den Entwurf des Regionalplanes; Sachlicher Teilplan Energie (Stand: 21.09.2015) ein neues Ziel 7.5 aufgenommen wurde. Demnach können Sondergebiete für Biogasanlagen auch dargestellt werden, wenn diese eine deutliche und räumliche Zuordnung zu vorhandenen baulichen Nutzungen (z.B. große Mastbetriebe) aufweisen oder wenn es sich um eine Erweiterung einer vorhandenen privilegierten Anlage handelt, die der Hofstelle eines landwirtschaftlichen Betriebes zugeordnet ist und die ein von der Nachhaltigkeit geprägtes Konzept verfolgt, wie z.B. den Aufbau eines lokalen Nahwärmenetzes im ländlichen Raum oder die Veredelung/Trocknung von Biomasse aus der Landschaftspflege.

Wie bereits in den bisherigen Ausführungen dargelegt, handelt es sich beim Planvorhaben um die Erweiterung einer privilegierten Biogasanlage auf einer landwirtschaftlichen Hofstelle, die u.a. der Wärmeversorgung des näheren Umfelds dient. Damit wird das im Entwurf des Sachlichen Teilplans Energie genannte Ziel 7.5 erfüllt.

Insgesamt ist damit festzustellen, dass die landesplanerischen Vorgaben an die geplante Erweiterung der Biogasanlage Hollich 132 eingehalten werden und daher auch die 74. Änderung des Flächennutzungsplanes mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung vereinbar ist. Aussagen zum Immissionsschutz sowie zum Artenschutz folgen in den nächsten Kapiteln.

## **5. Verkehrliche Erschließung**

Unmittelbar südlich des Änderungsbereiches verläuft die Landestraße 559. Von der Landestraße zweigt unmittelbar westlich der Hofstelle Hollich 132 ein Wirtschaftsweg ("Wösteweg") ab. In einer Entfernung von ca. 110 m von der Einmündung zur L 559 liegt die Zufahrt zur Biogasanlage am Wösteweg. Insgesamt ist damit eine gute Erschließung des Änderungsbereiches zu attestieren. Verkehrliche Probleme durch den Lieferverkehr sind aufgrund der Lage nicht zu erwarten.

## **6. Ver- und Entsorgung**

Die Ver- und Entsorgung des Änderungsbereiches erfolgt ortsüblich durch die verschiedenen Ver- und Entsorgungsträger. Die vor Ort entstehenden Abwässer werden einer abflusslosen Grube zugeleitet und in regelmäßigen Abständen zur Kläranlage gebracht. Für Trinkwasser ist ein eigener Brunnen vorhanden. Die Versorgung mit Gas, Strom und Telefon übernehmen die verschiedenen Versorgungsunternehmen.

## **7. Niederschlagswasserbehandlung**

Das auf den unverschmutzten Hof- und Lagerflächen anfallende Niederschlagswasser wird über das bestehende (bisher nicht genutzte) Regenrückhaltebecken im nördlichen Änderungsbereich in das Gewässer 2441 des Unterhaltungsverbandes "Emsdettener Mühlenbach und Nordwalder Aa" eingeleitet. Das Gewässer 2400 befindet sich ca. 30 m östlich des Regenrückhaltebeckens, das im nordöstlichen Bereich der geplanten Änderung liegt.

Das übrige Niederschlagswasser, das potenziell verschmutzt sein kann (z.B. Silagesickersaft), wird in einer bestehenden abflusslosen Grube im Bereich der Hoflage gesammelt und in der Biogasanlage verwertet.

Das auf den Dachflächen anfallende Niederschlagswasser wird in das Gewässer 2400 des Unterhaltungsverbandes "Emsdettener Mühlenbach und Nordwalder Aa" eingeleitet. Das Gewässer 2400 verläuft unmittelbar südlich des Änderungsgebietes, im Bereich der L 559.

Die Erlaubnis zur Einleitung des Niederschlagswassers der Unteren Wasserbehörde des Kreises Steinfurt ist derzeit bis Ende April 2021 befristet.

§ 51a Landeswassergesetz wird beachtet.

## **8. Auswirkungen der Änderung**

### **8.1 Immissionsschutz**

Für die bestehende Biogasanlage besteht momentan eine Anzeigepflicht gemäß § 67 (2) Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG). Das Anzeigeverfahren nach BImSchG ist für den Betrieb der Biogasanlage abgeschlossen.

Beim Betrieb handelt es sich aber nicht um einen emittierenden Betrieb. Trotz der im Betrieb eingesetzten Stoffe und der stattfindenden Verarbeitung ist nicht mit unzumutbaren Beeinträchtigungen durch Lärm oder Geruch zu rechnen.

Dieser Umstand ist auch mit dem landwirtschaftlich geprägtem Umfeld und der Tatsache zu begründen, dass sich im näheren und weiteren Umfeld kein Wohngebiet befindet. Vielmehr ist die Wohnnutzung im Umfeld nur im Zusammenhang mit einer landwirtschaftlichen Hofstelle vorzufinden. Dementsprechend sind als Orientierungswerte die Grenzen für die Außenbereichsnutzung anzusetzen, was nach Punkt 3.1 der Geruchsimmissionsrichtlinie (GIRL) 2008 einem Wert von 0,25 bzw. 25 % der Jahresstunden entspricht.

Im Zuge des Genehmigungsverfahrens für die Biogasanlage nach § 35 BauGB wurde eine Einschätzung hinsichtlich möglicher Emissionen der Anlage sowie entsprechende Maßnahmen zur Emissionsminderung festgelegt. Hierbei ist zwischen betrieblichen und verfahrenstechnischen Maßnahmen zu unterscheiden. Zu den festgelegten Maßnahmen zählen u.a. die umgehende Beseitigung von Verschmutzungen, die sofortige Wiederverschließung von Abdeckungen nach Benutzung, dichte Abdeckungen des Annahmebehälters und des Fermenters oder der einer Notfackel. Aufgrund der Entfernungen und der Lage sind demnach "die zu erwartenden emissionsbedingten Störwirkungen für die nächstgelegenen (Wohn-)Siedlungsflächen und Hofanlagen somit absehbar minimal".

Auch hinsichtlich möglicher Lärmimmissionen wird keine Konfliktsituation erkannt. Wie schon bei den Gerüchen ist auch hier ein ausreichender Abstand zwischen der Nutzung der Biogasanlage und lärmempfindlicher Nutzung gegeben. Ebenso sind analog zu den Gerüchen auch hier die Immissionsrichtwerte für den

Außenbereich anzusetzen. Nach der DIN 18005 gibt es die Kategorie des Außenbereiches nicht, so dass die Grenz- bzw. Orientierungswerte von Dorf- bzw. Mischgebieten anzusetzen sind. Diese betragen bei Lärmbelastungen 60 dB(A) tags und 50/45 dB(A) nachts.

Südlich des Änderungsbereiches verläuft die Landesstraße 559. Nach der Verkehrszählung aus 2010 verkehren auf diesem Streckenabschnitt täglich 4.299 Fahrzeuge. Damit ist der Bereich der geplanten Änderung und der benachbarten Umgebung durch diesen Verkehr bereits vorbelastet.

Da auch mit der Erweiterung der Baurechte für die Biogasanlage keine wesentlichen Veränderungen hinsichtlich der Verkehre sowie den betrieblichen Abläufen und Geräuschen zu erwarten sind, ist davon auszugehen, dass die Immissionsrichtwerte weiterhin eingehalten werden.

Bei der Anlieferung der Maissilage und der Ganzpflanzensilage sind keine Stäube zu erwarten. Im Abgas des vorhandenen BHKW werden die Werte der TA Luft eingehalten. Relevante Staubemissionen sind somit nicht zu erwarten.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass durch den Betrieb der Biogasanlage keine unzumutbaren Belästigungen durch Lärm, Staub oder Geruch für die nähere und weitere Umgebung entstehen. Andere Störungen gehen von der Biogasanlage nicht aus. Die relative Nähe zu landwirtschaftlichen Flächen ist aufgrund der ausgeübten Nutzung im Änderungsbereich unkritisch.

Für die geplante Erweiterung der Biogasanlage wurde eine Auswirkungsanalyse zur Ermittlung von angemessenen Abständen im Hinblick auf einen möglichen Störfall gemäß Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) bzw. der Leitfäden 18 und 32 der Kommission für Anlagensicherheit (KAS) durch den TÜV Nord, Rostock, erstellt (s. Anlage). Die Untersuchung vom 2. April 2015 kommt zu dem Ergebnis, dass sich keine schutzbedürftigen Gebiete im Sinne des § 50 BImSchG und des Leitfadens 18 der KAS innerhalb einer zündfähigen und toxischen Atmosphäre angesiedelt sind. Damit ist auch aus Störfallsicht das geplante Vorhaben der Erweiterung der Biogasanlage am Standort umsetzbar.

## **8.2 Schutz von Natur und Landschaft, Umweltverträglichkeit**

Mit der 74. Änderung des Flächennutzungsplanes in Verbindung mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 73 werden Eingriffe in Natur und Landschaft vorbereitet. Diese möglichen Eingriffe sind nach dem Baugesetzbuch in Verbindung mit dem Bundesnaturschutzgesetz auszugleichen.

Ein Großteil der Eingriffe im Änderungsbereich ist jedoch bereits erfolgt und im Zuge der verschiedenen Baumaßnahmen/Bauantragsverfahren durch entsprechende Anpflanzungen auf dem Betriebsgelände oder auf externen Flächen ausgeglichen worden.

Ein Großteil der Flächen des Änderungsbereiches ist versiegelt. Diese Versiegelungen sind aufgrund der ausgeübten Nutzung auch notwendig.

Nach Schaffung des Planungsrechtes sollen auf dem Betriebsgelände noch ein Gärrestbehälter mit einem Volumen von max. 7.000 cbm errichtet werden. Bei der geplanten Baumaßnahme handelt es sich im Verhältnis zur bestehenden Biogasanlage um ein eher kleineres Vorhaben und somit auch um einen kleineren Eingriff in Natur und Landschaft. Für die Umsetzung dieser Baumaßnahme ist wiederum ein Bauantragsverfahren durchzuführen. In diesem Bauantragsverfahren soll wie bei den bisherigen Baumaßnahmen auf dem Betriebsgelände im Zuge des Genehmigungsverfahrens ein gesonderter ökologischer Ausgleich erfolgen. Eine separate landschaftsökologische Bewertung für das zugehörige Bebauungsplanverfahren Nr. 73 „Biogasanlage Holker Feld“ wird aus zuvor beschriebenen Gründen als nicht erforderlich angesehen.

Da ein relativ geringer Eingriff in Natur und Landschaft durch die 74. Änderung des Flächennutzungsplanes in Verbindung mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 73 vorbereitet wird, können Auswirkungen auf die zu betrachtenden Schutzgüter von vornherein nicht ausgeschlossen werden. Zur Überprüfung der möglichen Auswirkungen wurde ein Umweltbericht erstellt. Dieser ist Bestandteil der Begründung und als Anlage beigefügt. Als Ergebnis der Umweltprüfung lässt sich feststellen, dass durch die geplanten Nutzungen im Bereich der 74. Änderung des Flächennutzungsplanes Schutzgüter betroffen werden, wobei die Erheblichkeit der Auswirkungen insbesondere durch die von Überbauung und Versiegelung entstehenden Beeinträchtigungen bestimmt wird. Es ist aber insgesamt festzustellen, dass erhebliche Auswirkungen, wie eine Zerstörung oder Schädigung hochwertiger, geschützter oder seltener Lebensräume und Tier- und Pflanzenarten nicht zu erwarten sind.

#### Artenschutzrechtliche Beurteilung

Der § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) regelt u. a., dass es verboten ist, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wildlebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Insofern ist bei der Aufstellung bzw. Änderung von Bebauungsplänen und der damit verbundenen möglichen Vorbereitung von Eingriffen in Natur und Landschaft zu prüfen, ob gegen das vorgenannte Verbot verstoßen wird.

Im Zuge der Bauleitplanung ist diese Prüfung gemäß § 44 (5) BNatSchG für Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie oder nach Vogelschutzrichtlinie vorzunehmen.

Der Änderungsbereich liegt ca. 700 nördlich des Stadtteils Borghorst in der Bauerschaft Hollich. Für diesen Bereich gibt es bereits Bestandsaufnahmen zu den Vorkommen der verschiedenen planungsrelevanten Tierarten. Diese Bestandsaufnahmen sind auch im Informationssystem @LINFOS des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) dokumentiert. Demnach ist ca. 700 m nördlich des Änderungsbereiches in 2001 und 2011 der Steinkauz festgestellt worden. Im Bereich des Naturschutzgebietes (NSG) Borghorster Venn sind die Rohrweihe, die Wachtel sowie regelmäßig der Große Brachvogel festgestellt worden.



Die Rohweihe ist in ihrem Lebensraum enger an Röhrichtbestände gebunden, brütet mittlerweile aber auch auf Ackerflächen. Ackerflächen sind im Änderungsbereich jedoch nicht vorhanden, so dass dort nicht von einem potenziellen Brutplatz für die Rohweihe auszugehen ist.

Die Wachtel besiedelt Ackerbrachen, Getreidefelder sowie Grünländer mit einer hohen Krautschicht. Solche Flächen bietet der Änderungsbereich nicht. Insofern ist auch hier davon auszugehen, dass ein potenzieller Brutplatz nicht vorliegt. Die Tierarten werden somit eher das NSG Borghorster Venn als Fortpflanzungs- und Ruhestätte nutzen.

Der Große Brachvogel und der Steinkauz gelten als standort- bzw. brutplatztreu. Somit ist festzustellen, dass der Änderungsbereich einen relativ großen Abstand zu den Ruhe- und Fortpflanzungsstätten dieser beobachteten Arten einhält.

Der Änderungsbereich wäre somit eher als mögliches Jagdrevier anzusehen. Angesichts der vorhandenen Nutzungen im Planbereich erscheint das Gelände der Biogasanlage nicht wirklich als Jagdrevier für die vier festgestellten Tierarten geeignet. Zudem sind Jagdreviere in ihrer Empfindlichkeit und Bedeutung für die Tierarten nicht so hoch einzuschätzen und der Schutz von Jagdrevieren wird auch gemäß § 44 nicht eingefordert. Es entsteht keine nachhaltige Verschlechterung des Gesamtkaktionsraumes für den Rohrweihe, die Wachtel, den Großen Brachvogel oder den Steinkauz. Zudem ist zu berücksichtigen, dass es sich bei der beabsichtigten Planung um die Erweiterung einer bestehenden Anlage handelt. So wird bei Umsetzung der Planung „lediglich“ eine weiterer Gärrestbehälter entstehen. Größere Baumaßnahmen, wie eine Erweiterung der Silageplatte, sind derzeit nicht angedacht, da durch den vermehrten Einsatz von Reststoffen und die breitere Auswahl an Inputstoffen die Anlieferung und Lagerung der Inputstoffe besser über das Jahr verteilt wird und somit kein zusätzlicher Lagerraum benötigt wird.

Aus diesem Grunde wurde keine artenschutzrechtliche Kartierung des Plangebietes vorgenommen. Es ist zu vermuten, dass sich durch die Planung keine bedeutsamen Veränderungen für planungsrelevante Säugetiere, Vögel, Amphibien, Reptilien oder Libellen ergeben. Eine Beschädigung oder Zerstörung von Quartieren (Fortpflanzungs- oder Ruhestätten) der in Steinfurt vorkommenden Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie oder nach Vogelschutzrichtlinie wird nicht vorbereitet. Den Anforderungen des § 44 BNatSchG wird damit entsprochen.

### **8.3 FFH-Verträglichkeit**

Das Land NRW hat den Bereich „Bagno mit Steinfurter Aa“ (DE-3810-302) als Schutzgebiet nach der EU-Vogelschutz und FFH-Richtlinie (Richtlinie 92/43 EWG des Rates vom 21. Mai 1992) gemeldet. Dieser Bereich umfasst große Teile der Waldbereiche des Bagnos, Vorsundern, Westerbrook und des Buchenberges sowie Teile der Steinfurter Aa und den Bagno See. Das Gebiet hat eine Größe von 467 ha. Zudem wurde das FFH-Gebiet „Steinfurter Aa“ (DE-3910-301) nachgemeldet (31 ha). Weitere Bereiche auf Steinfurter Stadtgebiet wurden nicht als FFH- oder Vogelschutzgebiet ausgewiesen.

Der Abstand zwischen dem Geltungsbereich der 74. Änderung des Flächennutzungsplanes und dem näher gelegenen FFH-Gebiet „Bagno mit Steinfurter Aa“ beträgt ca. 1.100 m. Angesichts dieses Abstandes, der beabsichtigten Planungen und der Schutzziele und -zwecke des FFH-Gebietes wird nicht von einer Beeinträchtigung des Schutzgebietes durch die Änderung des Flächennutzungsplanes ausgegangen.

#### **8.4 Denkmalschutz**

Im Planbereich sind keine Baudenkmäler vorhanden. Bodendenkmäler sind derzeit nicht bekannt.

Auch in der näheren und weiteren Umgebung des Planbereiches sind keine Bau- oder Bodendenkmäler vorhanden. Als nächstgelegenes Baudenkmal befindet sich ca. 1.200 m östlich des Änderungsbereiches ein Kriegergedächtnisstein. dabei handelt es sich um einen 2 m hohen und 1 m breiten Naturstein, der um 1920 hergestellt wurde. er zeigt ein Grab mit Kreuz und Stahlhelm sowie einen Soldat mit Bajonett. Die eingemeißelten Figuren beinhalten eine hohe Gestaltungsqualität. Der Gedächtnisstein ist seit dem 25.01.1991 als Baudenkmal eingetragen. Nördlich, in einer Entfernung von etwa 1,9 km, befindet sich nach den Eintragungen im Flächennutzungsplan ein Bodendenkmal.

Insgesamt ist festzustellen, dass angesichts der Entfernungen zu den Denkmälern sowie aufgrund der vorherrschenden Gelände- und Bewuchsverhältnisse und des Bewuchses in der Umgebung eine Beeinträchtigung von Baudenkmälern auch in Bezug auf Blickbeziehungen und Fernwirkungen nicht zu erkennen ist. Belange des Denkmalschutzes werden nicht berührt.

#### **8.5 Altlasten, Kampfmittel, Bodenschutz**

Ein Altlastenverdacht besteht weder für das Plangebiet noch für die nähere und weitere Umgebung. Einwirkungen durch Kampfmittel auf das Änderungsgebiet sind nicht bekannt.

Gemäß § 4 (2) Landesbodenschutzgesetz ist bei der Aufstellung von Bauleitplänen vor Inanspruchnahme von nicht versiegelten, nicht baulich veränderten oder unbebauten Flächen insbesondere zu prüfen, ob vorrangig eine Wiedernutzung von bereits versiegelten, sanierten, baulich veränderten oder bebauten Flächen möglich ist. Angesichts der bestehenden Anlage und der damit verbundenen Standortgebundenheit gibt es keine Alternativstandorte für die angedachte Planung. Zudem ist festzustellen, dass die Flächen des Änderungsbereiches bereits eine entsprechende Versiegelung erfahren haben und durch die anstehenden baulichen Maßnahmen die zusätzliche Versiegelung als relativ gering anzusehen ist. Es handelt sich bereits um eine baulich veränderte Fläche. Dem § 4 (2) Landesbodenschutzgesetz wird entsprochen.

Wie bereits mehrfach beschrieben sollen mit dem Bauleitplanverfahren die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Erweiterung einer bestehenden Biogasanlage geschaffen werden. Hinsichtlich möglicher Standortalternativen ist anzumerken, dass dies nicht möglich ist, da dann u.a. das Wärmekonzept der Bio-

gasanlage nicht mehr funktionieren würde. Standortalternativen schließen sich somit aus und würden bei einer Umsiedlung des Betriebes auch eine deutlich höhere Flächenversiegelung nach sich ziehen. Den Anforderungen des § 1 (5) S.3 BauGB kann in diesem Fall nicht entsprochen werden, da das Vorhaben aufgrund des potenziellen Störgrades und der Immissionen nur im Außenbereich umgesetzt werden kann.

Nach der Karte der schutzwürdigen Böden des Geologischen Dienstes NRW berührt das Plangebiet einen Bereich mit Plaggeneschboden, der aufgrund seiner Archivfunktion als „sehr schützenswert“ eingestuft ist. Da jedoch der schutzwürdige Boden im Änderungsbereich stark anthropogen überprägt ist bzw. die Flächen zu großen Teilen bereits überbaut und versiegelt sind, sind die schutzwürdigen Eigenschaften des Bodens stark eingeschränkt. Damit ist das Maß der Schutzwürdigkeit als sehr reduziert zu betrachten. Ein gesonderter Ausgleich für die Inanspruchnahme des Bodens im Nachhinein wird als nicht erforderlich angesehen, zumal es hierfür keine gesetzliche Grundlage gibt.

## **8.6 Klimaschutz**

Mit den Novellen des Baugesetzbuches der letzten Jahre ist auch der Aspekt des Klimaschutzes in die Gesetzgebung aufgenommen worden. Demnach sollen die Bauleitpläne dazu beitragen, den Klimaschutz und die Klimaanpassung in der Stadtentwicklung zu fördern (vgl. § 1 (5) S.2 BauGB). Aspekte des Klimaschutzes haben viele Formen und Facetten, vorrangig wird jedoch darunter die Vermeidung des Ausstoßes klimaschädlicher Stoffe ("Treibhausgase") verstanden sowie der Erhalt der Wälder, die die Treibhausgase aufnehmen und verarbeiten können. Eine weitere wichtige Maßnahme für den Klimaschutz ist in den sog. Industrieländern die Reduzierung des Energieverbrauchs. Die Erzeugung von Energie ist mit der bedeutendste Auslöser für den Ausstoß von Treibhausgasen.

Ein Baustein der o.g. Ziele ist auch der Ausbau der Nutzung regenerativer Energien, der auf vielen politischen Ebenen vorangetrieben wird. Insofern entspricht das hier vorgesehene Bauleitplanverfahren auch den Zielen des Klimaschutzes durch das eine direkte Verbesserung des Klimaschutzes erreicht werden kann.

## **8.7 Bodenordnung**

Bodenordnende und sonstige Maßnahmen im Sinne der §§ 45 ff. BauGB sind nicht erforderlich.

aufgestellt:

Steinfurt, 14.10.2015

Az.: III/ 61-26-09/ 74 FNP-Ä./AS-MS

Stadt Steinfurt

Der Bürgermeister

Im Auftrag

gez. Albers

Fachdienstleiter

Anlagen:

- Umweltbericht
- Wärmekonzept
- Auswirkungenanalyse